

Stadt im Wandel

Die EIB in Städten

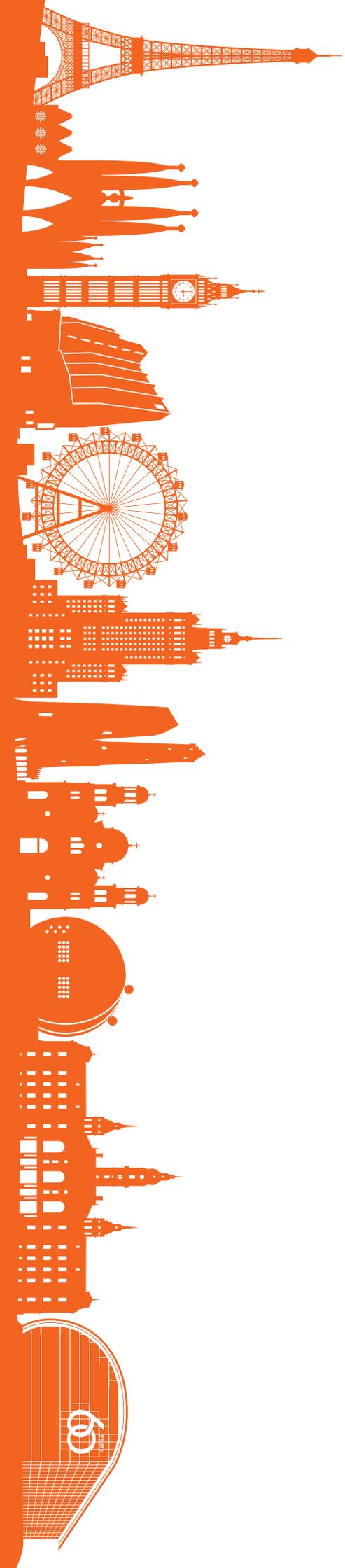
Eine Agenda für Investitionen

Greg Clark, Tim Moonen und Jake Nunley



Europäische
Investitionsbank

Die Bank der EU 



Die **EIB**
in
Städten

Eine Agenda für Investitionen

Von Prof. Greg Clark,
Dr. Tim Moonen
und Jake Nunley

Die EIB in Städten: Eine Agenda für Investitionen

© Europäische Investitionsbank, 2019

Alle Rechte vorbehalten.

Fragen zu Rechten und Lizenzen sind zu richten an publications@eib.org

Der nachfolgende Text gibt die Ansicht der Autoren wieder, die nicht unbedingt der Sichtweise der Europäischen Investitionsbank entspricht.

Abonnieren Sie unseren Newsletter unter www.eib.org/sign-up

pdf: QH-06-18-219-DE-N ISBN 978-92-861-3899-7 doi:10.2867/8580
eBook: QH-06-18-219-DE-E ISBN 978-92-861-3896-6 doi:10.2867/45041

Stadt im Wandel schildert, wie sich Europas Städte über die letzten 50 Jahre entwickelt haben. Auch die Europäische Investitionsbank (EIB) hat sich auf die Veränderungen eingestellt. Sie beteiligt sich stärker und zugleich gezielter an der Stadtentwicklung und finanziert hochinnovative Projekte. Die Städte der Zukunft stehen vor großen Herausforderungen in Sachen Klimaschutz, Produktivität, Wissen, soziale Mobilität und Widerstandsfähigkeit. Wir zeigen, wie die Bank der EU sie auf diesem Weg begleitet.

Einleitung

Europas Städte sind wichtige Beschäftigungs-, Handels- und Bevölkerungszentren. Auf ihnen beruht zu einem großen Teil auch der Innovationsvorteil der Mitgliedsländer der Europäischen Union – in der Wissenswirtschaft, beim Klimaschutz und beim sozialen Zusammenhalt. Die Städte müssen aber investieren. Nur dann können sie ihre Chancen nutzen, sich weiterentwickeln und sich auf neue Anforderungen einstellen. Die EIB unterstützt als langfristige Finanzierungseinrichtung der EU seit mehr als 50 Jahren die Erneuerung europäischer Städte. Sie ist als Investor dort nicht mehr wegzudenken. Vor allem in den letzten drei Jahrzehnten hat sich die Bank als größter Geldgeber für den Straßen-, U-Bahn- und Wohnungsbau, aber auch für Stromprojekte einen Namen gemacht. Gleichzeitig setzte eine anhaltende, erfolgreiche und teils auch unerwartete Reurbanisierung ein, zu der die EIB beitrug. Die Städte wuchsen und legten europaweit eine erfolgreiche Entwicklung hin.

Die EIB hatte von Anfang an die Aufgabe, die Finanzierung der Infrastruktur und Energieversorgung, der Unternehmen, Technologien und Stadtentwicklung im öffentlichen Interesse auf eine breitere Grundlage zu stellen. Sie soll auch zu einem in der Breite und Tiefe leistungsfähigeren Finanzsektor beitragen, der diesen Zielen dient. Vereinbarungen und Grundsätze, die unter aufeinanderfolgenden EU-Präsidentschaften beschlossen wurden (z. B. Amsterdam 1997, Lille 2000, Bristol 2005, Leipzig 2007, Toledo 2010) bestimmten maßgeblich, wie sich die Rolle der EIB bei der Stadtentwicklung ab Mitte der 1980er-Jahre veränderte. Dies gipfelte in der Verabschiedung der Städteagenda für die EU mit dem Pakt von Amsterdam im Jahr 2016. Daraufhin richtete sich der Blick stärker auf besondere Herausforderungen der Stadtentwicklung und die damit verbundene Notwendigkeit einer Mehrebenenverwaltung. Die EIB erweiterte und verfeinerte in der Folge ihr Finanzierungs- und Beratungsangebot. Die Bank hat viel bewirkt. Sie hat kleinen wie großen, wachsenden und schrumpfenden Städten Kapital gegeben, damit sie in die Zukunft investieren und ihren Bürgerinnen und Bürgern bessere Dienste bieten konnten.

Das Engagement der EIB in Städten lässt sich in fünf Zyklen gliedern:

1. Der erste Zyklus (1988–1996): EIB-Darlehen für erste Pilotprojekte der EU in Städten – Erhalt von kulturellem Erbe, Umweltverbesserungen und Verkehrsverbindungen zwischen Städten.
2. Der zweite Zyklus (1997–2000): Finanzierung integrierter Stadtentwicklungsprogramme mit Rahmendarlehen für Projekte, die Wohnraumerneuerung mit breit angelegten Investitionen in die städtische Infrastruktur kombinieren.
3. Der dritte Zyklus (2001–2006): Mehr Kapital und technische Hilfe für neue Mitgliedstaaten im Rahmen der EU-Erweiterung; Einführung von Beratungsdiensten wie JASPERS, der „Gemeinsamen Hilfe bei der Unterstützung von Projekten in europäischen Regionen“.
4. Der vierte Zyklus (2007–2013): Entwicklung einer Agenda für nachhaltige Städte, Verbreiterung des Instrumentariums der EIB und Förderung des wirtschaftlichen Wandels nach der Krise.

5. Der fünfte Zyklus (2014–2020): Ausweitung der Finanzierungsinstrumente der EIB und verstärktes Engagement für eine umfassende Städteagenda.

Über diese Zyklen hinweg gab es drei wesentliche Veränderungen. Erstens verlagerte die EIB ihren Fokus von sektorspezifischen Projekten immer stärker auf eine integrierte Stadtentwicklung. Zweitens rückten die Städte stärker ins Augenmerk der EU-Politik und gewannen damit auch an Bedeutung für die Finanzierungstätigkeit der Bank. Und drittens sind die Finanzierungsinstrumente vielfältiger geworden. Zu Projekt- und Rahmendarlehen kamen Stadtentwicklungsfonds, Kapitalbeteiligungsfonds und zunehmend auch Durchleitungsdarlehen und Garantievereinbarungen hinzu. Die Rolle der EIB bei technischer Hilfe und Beratung ist über die Zyklen hinweg stetig gewachsen – die EIB ist eine Bank geworden, die Städten Kapital und Wissen bereitstellt.

Übersichtstabelle

Zeitraum	Entwicklung der EU-Politik	EIB-Tätigkeit in Städten	EIB-Instrumente für Städte	Beispiele
1988–1996	Städtische Pilotprojekte	Erhalt von kulturellem Erbe Städtische Umwelt	Projektdarlehen	Cardiff, Köln, Dublin, Lyon, Madrid, Lissabon
1997–2000	Europäischer Rat Amsterdam Amsterdam Sonderaktionsprogramm	Integrierte Stadtentwicklung Erste Wohnungsbaudarlehen	Projektdarlehen Rahmendarlehen	Amsterdam, Bologna, Berlin, Mailand, Rom, Thessaloniki
2001–2006	EU-Erweiterung (10)	Ausbau der technischen Hilfe für neue EU-Mitglieder und Beitrittsländer Bezahlbarer Wohnraum Wohnraum-erneuerung	Projektdarlehen Rahmendarlehen JASPERS	London, Warschau, Kattowitz, Hamburg
2007–2013	Leipzig Charta Vertrag von Lissabon Strategie Europa 2020 EU-Erweiterung (2)	Nachhaltige Kommunen Wissenswirtschaft Innovation und KMU	Projektdarlehen Rahmendarlehen Strukturprogrammdarlehen JASPERS JESSICA/Stadtentwicklungsfonds ELENA	Manchester, Aarhus, Bratislava, Valetta, Stettin, Stockholm
2014–2020	Juncker-Plan (2015) EU-Städteagenda (2015/2016) Pakt von Amsterdam (2016)	Infrastrukturinvestitionen Überprüfung der EIB-Stadtentwicklungsfinanzierungen Grüne Städte Intelligente Städte Inklusion in Städten	Projektdarlehen Rahmendarlehen Brachflächenfonds Stadtentwicklungsfonds Strukturprogrammdarlehen JASPERS JESSICA/Stadtentwicklungsfonds ELENA FELICITY NCFE Fazilität für umweltfreundlicheren Verkehr EFSI URBIS Instrumentarium für die Stadtentwicklung Smart-Citys-Konzept ARRU-Programm für kleine Städte, Tunesien	Athen, Rouen, Sofia, Wałbrzych, Zenata

1. Der erste Zyklus: frühe Projekte für die städtische Umwelt (1988–1996)

Bis 1988 finanzierte die EIB ausschließlich Infrastrukturkomponenten von Stadtentwicklungsprojekten in weniger entwickelten EU-Regionen. Das Förderkriterium für die ersten Darlehen war nämlich „Regionalentwicklung“ – deshalb finanzierte die Bank damals nur Projekte in ausgewiesenen Regionalentwicklungsgebieten. Außerhalb dieser Gebiete engagierte sie sich kaum in der Stadtentwicklung. Allerdings kamen bei der Finanzierung von Gebäudesanierungen noch andere Kriterien wie Umweltaspekte und rationelle Energienutzung zum Tragen.

1984 machte die EIB die Umwelt zu einem ihrer vorrangigen Förderbereiche, ab Ende der 1980er-Jahre konzentrierte sie sich verstärkt auf die städtische Umwelt. Sie stieß damit offene Türen auf, denn viele europäische Städte litten unter dem Niedergang von Industrien, einer Verschlechterung der Lebensbedingungen in den Innenstädten, industriellen Leerständen und der Zersiedelung schlecht angebundener Vororte.

Die Bank erweiterte die Förderkriterien um „Investitionen in die Stadterneuerung, wo erhebliche Ungleichgewichte bestehen, und Maßnahmen im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Anpassungs- und Revitalisierungsprogrammen in Städten“ in der gesamten Europäischen Gemeinschaft. Grundlegende Ziele waren nun eine bessere städtische Lebensqualität und mehr wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt. Hierzu sollten soziale Unterschiede in großen Ballungsräumen abgebaut werden. Gleichzeitig galt es dabei immer, die knappen Mittel möglichst effizient einzusetzen. Man kam zu dem Schluss, dass sich die üblichen Anforderungen an die technische, wirtschaftliche und finanzielle Solidität nur erfüllen ließen, wenn die Projekte Teil eines umfassenden Stadterneuerungsplans mit einem schlüssigen Wirtschafts- und Sozialkonzept wären.

Das wichtigste Finanzierungsinstrument der EIB für Städte und Regionen waren zu der Zeit herkömmliche Projektdarlehen. Diese wurden mit langen Laufzeiten an den privaten oder öffentlichen Sektor vergeben. Projektdarlehen waren Direktarlehen für ein bestimmtes Investitionsvorhaben oder -programm, wobei sämtliche Komponenten vorab festgelegt und geprüft wurden. Die größten Finanzierungen in Städten betrafen deshalb Einzelprojekte, und zwar oftmals Investitionen in die Besucherinfrastruktur, wie beispielsweise die Kölner Messe, das Dubliner Schloss, das Cardiff Trade Centre und das Stadtviertel Temple Bar in Dublin. Insgesamt jedoch finanzierte die EIB bei der Stadtentwicklung weiterhin hauptsächlich Verkehrsinfrastruktur.

Das Gesamtvolumen der Darlehen für Städte war im Vergleich zu heute bescheiden. Das Vorgehen der EIB bei der integrierten Stadtentwicklung beruht aber bis heute zum Teil auf den ursprünglichen Finanzierungskriterien für Investitionen in das kulturelle Erbe, die 1988 festgelegt wurden.

2. Der zweite Zyklus: Ausweitung des Engagements in Städten (1997–2000)

Mit dem **Europäischen Rat von Amsterdam** über Wachstum und Beschäftigung kam 1997 eine neue Dynamik in das Städte-Engagement der EIB. Der Rat wies besonders auf die Herausforderung der Stadterneuerung hin und beschloss, die Förderkriterien auszuweiten: An die Stelle der 1988 festgelegten Kriterien für Investitionen in das kulturelle Erbe trat nun ein breiteres Konzept der „städtischen Umwelt“. Die EIB wurde aufgefordert, mehr Kredite für Investitionen zu vergeben, die Arbeitsplätze schaffen. Die Bank entwickelte daraufhin das sogenannte **Amsterdam Sonderaktionsprogramm** und weitete ihre Tätigkeit aus. Zu Verkehrsprojekten und Investitionen in kulturelles Erbe kamen strategische Themen hinzu: effiziente Infrastruktur, kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Bildung, Gesundheit und Wohnungsbau – all dies im Rahmen klar umrissener Stadterneuerungsprogramme. Schon bald nahm die EIB den städtischen Sektor formell als Kernbereich ihrer Finanzierungstätigkeit an und richtete eine Abteilung für Stadtentwicklung in der Direktion „Projekte“ ein.

Die wichtigsten Elemente des Sonderaktionsprogramms der EIB waren:

- ein **Sonderrahmen für neue Instrumente** zur Finanzierung kleiner und mittlerer Technologie- und Wachstumsunternehmen unter Inanspruchnahme von Überschüssen der EIB. Auf Beschluss des Gouverneursrats sollte die EIB insgesamt eine Milliarde Euro aus ihren Überschüssen über drei Jahre für solche Initiativen bereitstellen. Außerdem entwickelte die Bank neue Finanzierungsprogramme, die Risikoteilungsprodukte,

nachrangige Finanzierungen und Risikokapital für KMU vorsahen. Eine rasch eingerichtete Europäische Technologiefazilität im Volumen von 125 Millionen Euro bot Risiko- und Eigenkapital für kleine und mittlere Hightech- und Wachstumsunternehmen und belebte bald spürbar das Innovationsumfeld in Madrid und Barcelona.

- die Ausweitung auf die Bereiche **Bildung, Gesundheit, Stadterneuerung und Umweltschutz**. Die EIB beteiligte sich an größeren Bildungs- und Gesundheitsprojekten in Deutschland, Griechenland und Spanien. Für Investitionen in Belgien, Frankreich und den Niederlanden vergab sie Durchleitungsdarlehen an lokale Banken, die damit kleine Unternehmen fördern konnten. Bereits vergebene Durchleitungsdarlehen für Infrastrukturinvestitionen konnten sodann auch für Gesundheits- und Bildungsprogramme eingesetzt werden. Bemerkenswerte Projekte in dieser Zeit waren beispielsweise die Modernisierung von Krankenhäusern in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sowie der Bau eines neuen Krankenhauses in Thessaloniki.
- eine neue Dynamik in der Finanzierung **transeuropäischer Netze (TEN)** und anderer **großer Infrastrukturvorhaben**. Möglich wurde dies, weil der TEN-Sonderrahmen der EIB nun besonders lange Laufzeiten und tilgungsfreie Zeiten zuließ, aber auch maßgeschneiderte Finanzierungspakete, eine frühere Einbindung der EIB in die Projektvorbereitung und eine stärkere Förderung öffentlich-privater Partnerschaften vorsah.

Neu in diesem Zyklus waren flexible Finanzierungsinstrumente, die für das Engagement der EIB in Städten unverzichtbar wurden. Als wichtigstes Instrument erwies sich das **Rahmendarlehen**, das Mitte der 1990er-Jahre eingeführt und zunächst in italienischen Städten eingesetzt wurde. Eine der größten Finanzierungen war „Roma 2000“ zur Vorbereitung der italienischen Hauptstadt auf das neue Jahrtausend. Insgesamt 730 Millionen Euro vergab die EIB über sechs Partnerbanken an die Stadt Rom und die Region Latium, die damit gemeinsam rund 500 Projekte im Tourismus und Stadtverkehr, im Kultursektor und in der Wasser- und Abfallwirtschaft finanzierten.¹

In der EU-27 ist der Anteil der Rahmendarlehen an den EIB-Finanzierungen von weniger als 1 Prozent im Jahr 1999 auf mittlerweile fast 20 Prozent gewachsen. Dabei hat das durchschnittliche Rahmendarlehen heute ein Volumen von über 200 Millionen Euro. Mit Rahmendarlehen kann die EIB ein ganzes Portfolio von Projekten in verschiedenen Sektoren abdecken, indem sie die Stadt oder Region ermächtigt, die Gelder innerhalb von drei bis fünf Jahren für geeignete Investitionen zu vergeben. Die Darlehen können mit nationalen, regionalen oder EU-Zuschüssen oder Darlehen kombiniert werden. Damit fällt die Hürde der Projektgröße, und die EIB kann auch kleinere städtische Verkehrs-, Telekommunikations-, Wasser-, Bildungs- und Infrastrukturprogramme finanzieren. Stadt- oder Regionalräte arbeiten üblicherweise mit drei- bis fünfjährigen Investitionsprogrammen, genehmigen Investitionen aber nur auf jährlicher Grundlage. Rahmendarlehen haben den großen Vorteil, dass sie dies berücksichtigen. Sie geben Finanzierungskriterien vor, ohne konkrete Projekte festzulegen. Die Projekte im vorgesehenen Investitionsprogramm können durch andere ersetzt werden, sofern diese die gleichen Kriterien erfüllen.

So nahmen die Finanzierungen im städtischen Sektor dank der Rahmendarlehen in diesem Zyklus erheblich zu. Zehn Projekte im Umfang von 100 Millionen Euro wurden zwischen 1998 und 2000 genehmigt, vor 1997 war es nur ein einziges. Lissabon, Berlin und Mailand profitierten erheblich davon. Im Rahmen eines breiteren Programms zur Stadterneuerung konnte die EIB zudem im großen Stil sozialen Wohnraum in Manchester, London und Helsinki sowie in Belgien fördern. Gleichwohl finanzierte die Bank in Städten weiterhin in erster Linie Nahverkehrsprojekte. Von 1988 bis 2002 flossen EU-weit 67 Prozent der EIB-Gelder in Form von Einzeldarlehen für die Stadtentwicklung in den Stadtverkehr. Davon entfielen 65 Prozent auf U-Bahn- und städtische Schienenverkehrsprojekte, 17 Prozent auf den Straßenbau und der Rest auf Investitionen in Straßenbahnen und Busse und in kombinierte Lösungen.

¹ <https://publications.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/37830a0e-5747-4549-bd02-3f1aec3e1b8f>

3. Der dritte Zyklus: Vorbereitung auf die EU-Erweiterung (2001–2006)

Der **Europäische Rat von Lissabon** im Jahr 2000 fiel mit der Ernennung eines neuen EIB-Präsidenten zusammen. Die EIB kündigte zu der Zeit an, bei ihren Finanzierungszielen neue Schwerpunkte zu setzen. Seit mehr als 40 Jahren hatte sie Infrastruktur und andere Vorhaben finanziert, die den Zielen der Europäischen Union dienten. Das wollte sie auch weiterhin tun. Darüber hinaus aber wollte die Bank im neuen Jahrhundert einen wichtigen Beitrag zu dem Ziel leisten, das auf dem Lissaboner Gipfel verkündet wurde: Europa bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten hightech- und wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen.

Dazu wurde die EIB in ihrem Status aufgewertet. Bis zum Jahr 2000 war nicht formell niedergelegt, dass die EIB direkt in die Umsetzung der Strukturfonds eingebunden sein sollte. Mehrere Verordnungen für den Finanzierungszeitraum 1994 bis 1999 sahen vielmehr vor, dass die EIB lediglich „neben den Strukturfonds und anderen Finanzinstrumenten der Gemeinschaft finanzielle Unterstützung bieten“ sollte.

Im Zuge der Veränderung richtete die EIB alsbald ihr Finanzierungsportfolio neu aus und vergab einen wachsenden Anteil ihrer Darlehen für Hightech- und Risikokapitalprogramme sowie KMU. Im Juni 2003 gab die Bank den Startschuss für ihre „**Innovation-2010-Initiative**“ für Projekte, die den Zielen des Lissaboner Rates entsprachen. Gleichzeitig wappnete sie sich für die Aufnahme von zehn neuen EU-Mitgliedern im Jahr 2004. Schließlich war absehbar, dass die Kreditvergabe erneut stark steigen würde.

Bei der **EU-Erweiterung** 2004 kamen zehn neue Länder hinzu, 2007 nochmals zwei. Auch die EIB wuchs in beiden Fällen: Das Kapital der Bank erhöhte sich 2004 auf 164 Milliarden Euro, die Zahl der Beschäftigten stieg auf über 1 250 und bis 2007 auf 1 450. In der Folge weitete die EU ihre Finanzhilfen stark aus – zugunsten der neuen EU-Länder, die damit ihre Wirtschaft ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen konnten. Doch wie sich bald zeigte, taten sich die Länder schwer damit, die Gelder bestmöglich einzusetzen.

Im Zeitraum 2001 bis 2006 spielte die EIB auch eine wachsende Rolle bei der Umsetzung der Strukturfonds. Erstmals wurde sie beauftragt, den Ländern ihr Know-how und Beratung dafür anzubieten. Vertreter der EIB konnten in beratender Funktion Ausschüssen zur Programmüberwachung angehören und in die Ausarbeitung von Programmplänen eingebunden werden. Außerdem begann die Kommission, zu Großprojekten eine Stellungnahme der EIB einzuholen, weshalb ein Rahmen für diese Form der Beratung geschaffen wurde. An der konkreten Umsetzung der Kohäsionspolitik und der entsprechenden Finanzierungsinstrumente war die Bank jedoch weniger beteiligt.

Von 2000 bis 2006 ging die EIB weiter sektororientiert vor und vergab in erster Linie Darlehen an Staaten und Regionen, was einem stärker integrierten Ansatz in der Stadtentwicklung entgegenstand. Wie bei vielen internationalen Finanzierungsinstitutionen war es vielfach immer noch leichter, Darlehen für einzelne, abgrenzbare Infrastrukturprojekte zu vergeben als für breitere Sanierungs- oder integrierte Entwicklungsprogramme. Das galt vor allem für Länder, in denen der Markt fragmentiert war. Dadurch konnte die EIB nur schwer direkt mit Städten zusammenarbeiten. Von 2004 bis 2006 beteiligte sich die EIB an einer Reihe von EU-finanzierten Investitionen in den neuen Mitgliedstaaten und legte damit den Grundstein für die umfassende Kofinanzierung von Stadtprojekten mit Strukturprogrammdarlehen und Rahmendarlehen in den Jahren 2007 bis 2013.

4. Der vierte Zyklus: Krise und innovative Instrumente für Städte (2007–2013)

Die **Leipzig-Charta** (2007) ging auf verbreitete Sorgen über ein Marktversagen im städtischen Sektor ein und betonte, dass die Nachhaltigkeitsziele einen integrierten Planungs- und Entwicklungsansatz erfordern. Die Bank reagierte, indem sie verstärkt Darlehen für die Stadtentwicklung vergab und den Einsatz von Finanzierungsinstrumenten förderte – letzteres in Partnerschaft mit der Kommission. Außerdem verschob sie ihre Agenda in Richtung einer „nachhaltigen Stadtentwicklung“. Das bedeutete zum einen, dass die Bank ihr Vorgehen in einen ganzheitlicheren Rahmen goss, den „integrierten Ansatz“; zum anderen baute sie ihre Partnerschaft mit lokalen Partnern aus, um kleinere Projekte und KMU vor Ort unterstützen zu können. Der integrierte Ansatz ist heute ein wesentliches Kriterium für die Beteiligung der EIB an Stadterneuerungs-, Stadtentwicklungs- und Stadtsanierungsprojekten. Die Leipzig Charta mündete schließlich in einen impliziten Handlungsplan für die EIB, der drei Punkte umfasste:

- Ausbau des herkömmlichen Finanzierungsgeschäfts im städtischen Sektor durch Erhöhung der Darlehensbeträge und Zuschnitt der Produkte auf den Bedarf der Städte und Gemeinden.
- Ausweitung der Fazilität für strukturierte Finanzierungen, bei der die Bank mehr Risiko übernimmt als sonst (einschließlich möglicher Kapitalbeteiligungen), auf Stadtprojekte.
- Schaffung neuer Finanzierungsinstrumente und erstmalige Nutzung von EU-Strukturfondsmitteln als Kapital für Finanzierungsinstrumente.

Zur gleichen Zeit brachten der **Vertrag von Lissabon** und die **Strategie Europa 2020** das Thema Nachhaltigkeit stärker auf die politische Agenda. Die übergreifende Strategie Europa 2020 soll ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum fördern und hebt die folgenden zentralen Herausforderungen für die Stadtentwicklung hervor:

- **Intelligente Städte.** Europäische Städte sollen weniger CO₂ und weniger Abfall produzieren sowie intelligente Verkehrsnetze und Infrastrukturen bekommen. Dies erfordert ein effizientes Ressourcenmanagement und intelligente Infrastrukturlösungen (vor allem bei Energie und Verkehr).
- **Grüne Städte.** Europäische Städte sollen umweltfreundlicher, kompakter und widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels werden. Bei der Stadtentwicklung ist daher auf grüne Infrastrukturen und naturbasierte Lösungen zu achten.
- **Inklusion in Städten.** Europäische Städte sollen Raum für ein lebendiges, fürsorgliches und generationenübergreifendes Miteinander bieten. Dazu ist es notwendig, die Lebensqualität durch den Bau erschwinglicher Wohnungen zu verbessern, benachteiligte Stadtviertel wiederzubeleben, den Zugang zu zentralen städtischen Dienstleistungen zu optimieren, die lokale Wirtschaft zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen.

Neue Instrumente – JESSICA, JASPERS und ELENA

Die EIB reagierte mit zwei Programmen auf die neue Ausrichtung und wollte damit vor allem kleinen und mittelgroßen Städten den Zugang zu Strukturfondsmitteln erleichtern. Man war sich einig, dass mittelgroße Städte nicht so stark von Agglomerationseffekten profitiert hatten und in der Wettbewerbsfähigkeit zurückgefallen waren. 2007 startete die Europäische Kommission deshalb **JESSICA, die Gemeinsame europäische Unterstützung für Investitionen zur nachhaltigen Stadtentwicklung**. Dies bot der EIB eine gute Möglichkeit, ihr Engagement in Städten auszuweiten. JESSICA wird zwar von der Europäischen Kommission finanziert, aber in Zusammenarbeit mit der EIB umgesetzt. Die Initiative umfasst eine Reihe von Finanzierungsinstrumenten (Kapitalbeteiligungen, Darlehen und Garantien), mit denen Städte Strukturfondsmittel in Anspruch nehmen können. Sie helfen vor allem dann, wenn der Privatsektor sich nicht beteiligen will, weil die Rendite zu gering ist und die Projektrisiken zu hoch sind. Mit JESSICA soll die Strukturfondshilfe effizienter und effektiver werden, weil die Gelder nicht als Zuschüsse, sondern im Rahmen von Finanzierungsinstrumenten vergeben werden. Das stärkt den Anreiz, Projekte erfolgreich umzusetzen und mehr Mittel für öffentlich-private Partnerschaften (PPPs) zu mobilisieren. 50 Prozent der Kosten eines Projekts können über JESSICA finanziert werden.

JESSICA soll städtische Entwicklungsprojekte anschieben, die Wachstum und Beschäftigung fördern, privaten Geldgebern aber zu riskant erscheinen. Der Gedanke: Wenn die EIB die wirtschaftliche Entwicklung in weniger attraktiven Märkten fördert, wird die potenzielle Rendite private Investoren anlocken.

JESSICA stellt Gelder über Stadtentwicklungsfonds bereit, die von Verwaltungsbehörden gegründet werden. Dabei fungiert die EIB, wenn die Mitgliedstaaten dies wünschen, als Holdingfonds (eine Art Dachfonds). Bislang befinden sich zwar erst wenige Projekte in der Umsetzung, es wurden aber eine ganze Reihe von Stadtentwicklungsfonds gegründet, die insgesamt 1,5 Milliarden Euro vergeben können. Die EIB verwaltet für neun Mitgliedstaaten Holdingfonds mit einem Gesamtvolumen von 1,8 Milliarden Euro.

Die Vergabe der Gelder für konkrete Projekte lief zunächst relativ schleppend an, in letzter Zeit wurden aber einige neue Vorhaben begonnen. Sie betreffen Städte wie Sevilla, Sofia, Rotterdam, Warschau und Liverpool. Insgesamt wurden 1,5 Milliarden Euro für Stadtentwicklungsfonds zugesagt, die über 40 Projekte in Spanien, im Vereinigten Königreich sowie in Italien, Polen, Bulgarien und in der Tschechischen Republik finanzieren. In den mittlerweile elf Jahren seines Bestehens hat das Programm gezeigt, welche Vorteile integriertes Investieren bringt. In Großbritannien beispielsweise ebnete JESSICA den Weg zu einer erfolgreichen Zusammenarbeit mit den Städten Manchester und Liverpool bei Investitionen in den Verkehr, in CO₂-arme Technologien sowie in Forschung und Entwicklung. Die Kommunen haben erkannt, welche Vorteile die Kooperation bei der Finanzierung bringt, und begrüßen heute den disziplinierenden Effekt, den die Beteiligung privater Investoren auf Projekte hat.

Die Städte benötigen einige Hilfe bei der Zusammenstellung integrierter Portfolios, die attraktiv für gemeinsame Investitionen sind. Deshalb setzt sich die EIB schon in einem frühen Stadium mit den Städten zusammen. Die Verantwortlichen betonen, dass eine ganzheitliche Städteagenda nach wie vor stark von zwei Dingen abhängt: erstens, der Verschuldungskapazität der Kommunen und zweitens, ihrer Fähigkeit, hinreichend große Pakete zu schnüren, damit Finanzierungsinstitute wie die EIB sich daran beteiligen können.

2005 beschloss die EIB zusammen mit der Europäischen Kommission und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, ein neues Instrument für technische Hilfe zu schaffen. Gemeint ist die Initiative **JASPERS**, die in diesem Zyklus dann voll einsatzbereit war. JASPERS sollte den Ländern bei der Vorbereitung von Projekten helfen, die für Mittel aus den Struktur- und Kohäsionsfonds in Betracht kamen – damit sie die EU-Zuschüsse schneller und effektiver nutzen konnten.

Die JASPERS-Projektvorbereitungsfazilität ist für Infrastrukturprojekte vorgesehen, die Verkehrsnetze verbessern und der Umwelt dienen, aber auch für Investitionen in eine bessere Energieeffizienz und in erneuerbare Energien. Die Hilfe kann sich auf technische, wirtschaftliche und finanzielle Aspekte sowie notwendige Vorbereitungsarbeiten erstrecken. Ein Großteil der technischen Detailarbeit bleibt jedoch Aufgabe des jeweiligen Mitgliedstaates. Die EIB bietet im Rahmen von JASPERS Beratung, koordiniert das Vorgehen, entwickelt und überprüft Projektstrukturen, beseitigt Engpässe, schließt Lücken und deckt Probleme auf. Der Fokus liegt auf größeren Projekten mit Gesamtkosten von mehr als 25 Millionen Euro bei Umweltvorhaben und mehr als 50 Millionen Euro im Verkehrssektor oder in anderen Bereichen.

Die JASPERS-Initiative zeigt auch, wie die EIB in diesem Zyklus als Beratungsinstitution an Bedeutung gewann. JASPERS befasst sich überdies mit Themen, die Sektoren länderübergreifend betreffen, und hilft beim Kompetenzaufbau über eine gemeinsame Netzwerkplattform.

Darüber hinaus wurden in diesem Zyklus noch weitere Finanzierungs- und Beratungsinitiativen eingeführt: Das Beratungsprogramm **ELENA (Europäisches Finanzierungsinstrument für nachhaltige Energieprojekte von Städten und Regionen)** kann für Smart-City-Projekte in Anspruch genommen werden und dient ebenfalls den Zielen, die im Vertrag von Lissabon und der Strategie Europa 2020 formuliert wurden. Die Plattform **fi-compass** bietet zudem Beratung zu Finanzierungsinstrumenten für Smart-City-Vorhaben.

ELENA ist eine gemeinsame Initiative der EIB und der Europäischen Kommission im Programm Horizont 2020. ELENA stellt Zuschüsse für technische Hilfe bereit, und zwar für Projekte und Programme in den Bereichen

Energieeffizienz, dezentrale Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und städtischer Nahverkehr. Finanziert werden beispielsweise Machbarkeits- und Marktstudien, die Strukturierung von Programmen, Businesspläne, Energieaudits und die Ausarbeitung geeigneter Finanzierungsstrukturen. ELENA kommt üblicherweise für Programme mit Kosten von über 30 Millionen Euro und einer Laufzeit von drei bis vier Jahren in Betracht. Die Zuschüsse können dabei bis zu 90 Prozent der Kosten der technischen Hilfe und der Projektentwicklung decken. Mit ELENA unterstützt wurden beispielsweise:

- die Stadtbahn in Aarhus. Dazu wurden zwei ältere Bahnstrecken nachgerüstet, mit einer neuen, zwölf Kilometer langen zweigleisigen Strecke verbunden und elektrifiziert. Hinzu kamen der Bau eines neuen Kontroll- und Wartungszentrums sowie die Anschaffung von 23 neuen Zügen (Investitionskosten von 247 Millionen Euro). Laut Schätzung bei Unterzeichnung der Finanzierung sollten dadurch alljährlich 47 Gigawattstunden Energie und 7 300 Tonnen CO₂ eingespart werden.
- das Programm des Großraums Manchester zur Senkung der CO₂-Emissionen. Dies umfasste energiesparende Straßenbeleuchtungen sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und der Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien (Investitionskosten von 130 Millionen Pfund Sterling). Laut Schätzung bei Unterzeichnung der Finanzierung sollten dadurch alljährlich 129 Gigawattstunden Energie eingespart und 85 Gigawattstunden Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt werden.
- das Energieeffizienzprogramm für Gebäude und Einrichtungen der Stadt Bratislava (Investitionskosten von 66 Millionen Euro). Laut Schätzung bei Unterzeichnung der Finanzierung sollten dadurch alljährlich 34 350 Megawattstunden Energie und 9 250 Tonnen CO₂ eingespart werden.
- ELENA unterstützte europäische Städte, die dem Konvent der Bürgermeister angeschlossen sind und ihre Aktionspläne für nachhaltige Energie wie zugesagt umsetzen wollen.

Strukturprogrammdarlehen

Eine weitere wichtige Finanzierungsform im städtischen Sektor waren in diesem Zeitraum die **Strukturprogrammdarlehen**. Diese Darlehen sind zur Kofinanzierung der operationellen Programme von EU-Ländern gedacht und helfen bei der Finanzierung des nationalen Beitrags für vorrangige Projekte. Sie sind wichtig, weil sie ein ganzheitlicheres Vorgehen bei Infrastrukturinvestitionen in den jeweiligen Regionen begünstigen. Strukturprogrammdarlehen reichen über die Kofinanzierung von Stadtprojekten hinaus und haben sich zu einem wichtigen Instrument für die EU-Kohäsionspolitik entwickelt. Sie steuern dringend benötigte Mittel zu nationalen und regionalen operationellen Programmen bei, die vielfach den Kommunen zugutekommen. Die Darlehen bieten recht viel Flexibilität, sodass die Städte, Regionen und Ministerien während der Umsetzung ihrer Programme in enger Abstimmung mit der Europäischen Kommission und den zuständigen Verwaltungsbehörden Anpassungen vornehmen können.

Von 2007 bis 2013 vergab die Bank Strukturprogrammdarlehen im Gesamtumfang von fast 20 Milliarden Euro für 31 Projekte. 2014 entfiel mehr als ein Zehntel des jährlichen Finanzierungsvolumens von über 70 Milliarden Euro auf den städtischen Sektor; weitere 25 bis 40 Prozent betrafen indirekt auch städtische Systeme.

5. Der fünfte Zyklus: Erfahrener und reifer Finanzierungspartner bei der Stadtentwicklung (2014–2020)

Entscheidenden Einfluss auf die Rolle der EIB hatte in dieser Phase die Investitionsoffensive für Europa – der sogenannte **Juncker-Plan**. Der Plan hat drei Ziele und steht auf drei Säulen:

Ziele:

- Investitionshindernisse beseitigen.
- Investitionsvorhaben sichtbar machen und mit technischer Hilfe unterstützen.
- Vorhandene Finanzierungsmittel intelligenter nutzen.

Säulen:

- Der Europäische Fonds für strategische Investitionen stellt eine EU-Garantie und EIB-Mittel bereit, um private Mittel zu mobilisieren.
- Die Europäische Plattform für Investitionsberatung und das europäische Investitionsvorhabenportal leisten technische Hilfe und machen Investitionschancen sichtbar, damit vorgeschlagene Projekte leichter verwirklicht werden können. Die Beratungsplattform ist eine gemeinsame Initiative der EIB-Gruppe und der Europäischen Kommission.
- Verbesserung des Geschäftsumfelds durch Beseitigung von Investitionshemmnissen auf nationaler Ebene und EU-weit.

Durch den Juncker-Plan konnte die EIB ihr Finanzierungs- und Beratungsangebot so ausbauen, dass sie mehr für europäische Städte tun kann. Im Jahr 2016 verabschiedeten die EU-Länder auf Ministerebene den **Pakt von Amsterdam**. Der Pakt bildete den Abschluss einer mehr als zehnjährigen Vorarbeit unter vorherigen Ratspräsidentschaften. Gegliedert nach zwölf Themen benennt er die wichtigsten Aufgaben der Stadtentwicklung und formuliert ein Aktionsprogramm für eine „bessere Finanzierung“, eine „bessere Rechtsetzung“ und einen „besseren Wissensaustausch“. Der Pakt unterstreicht den großen Einfluss der Stadtentwicklung auf die wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklung der EU und auf deren Bürgerinnen und Bürger. Er verweist zugleich darauf, dass städtische Gebiete Orte sind, an denen sich Probleme wie Segregation, soziale Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit und Armut konzentrieren. Letztendlich strebt er einen tragfähigen europäischen Rahmen für Maßnahmen für eine nachhaltigere Kommunalentwicklung an (siehe nachstehender Kasten).

Der Pakt von Amsterdam

Der **Pakt von Amsterdam** benennt die wichtigsten Aufgaben für die Stadtentwicklung, gegliedert nach 14 Themenfeldern (die ursprüngliche, zwölf Themen umfassende Liste wurde 2019 um die Themen Kulturerbe und Sicherheit im öffentlichen Raum erweitert). Die EIB wird ausdrücklich aufgefordert, die Umsetzung der EU-Städteagenda durch Finanzierungen, Mittelbündelung und Beratung zu unterstützen. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise, der Flüchtlingskrise und wachsender sozialer Spannungen misst der Pakt den Finanzierungen der EIB große Bedeutung bei der Förderung von Beschäftigung, lokaler wirtschaftlicher Entwicklung und gesellschaftlicher Teilhabe bei. Im Gegensatz zu früheren Ministererklärungen zum städtischen Sektor (z. B. Leipzig, Toledo, Bristol) enthält der Pakt von Amsterdam einen eigenen Abschnitt zur Rolle der EIB. Die Bank wird im gesamten Dokument immer wieder erwähnt.

In dem Pakt wird die „wichtige Rolle der EIB“ hervorgehoben. Sie soll:

- Investitionsvorhaben in Bereichen finanzieren, die unter die Städteagenda fallen, und unter anderem Zuschüsse mit Darlehen kombinieren,
- gemeinsam mit der Europäischen Kommission Finanzierungsinstrumente entwickeln, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften die Mittelbeschaffung erleichtern,
- ihre Finanzierungen, Mittelbündelungen und Beratungsleistungen auf Bereiche konzentrieren, die unter die Städteagenda fallen und somit die nachhaltige Stadtentwicklung fördern.

Ein wichtiger Schritt in diesem Zyklus war die Formulierung und Umsetzung der **EU-Städteagenda**. Die Städteagenda ist aus Sicht der EIB nicht nur ein Vehikel, das Entscheidungs- und Interessenträgern einen Überblick über die wichtigsten städtischen Herausforderungen in Europa gibt; sie legt auch Grundsätze für ihre eigenen Stadtentwicklungsfinanzierungen und einen Rahmen für die bessere Finanzierung und Beratung von Städten fest.

Die Städteagenda der EU

Die EU-Städteagenda geht die besonderen Probleme von Städten an und schlägt dazu Partnerschaften vor – zwischen der Europäischen Kommission, EU-Organisationen, nationalen Regierungen und Kommunen der Mitgliedstaaten sowie anderen Gruppen wie Nichtregierungsorganisationen. Sie sollen Aktionspläne entwickeln, die zu einer besseren Rechtsetzung, besseren Finanzierungsprogrammen und einem besseren Wissensaustausch auf dem Gebiet der nachhaltigen Stadtentwicklung führen.

Die EU-Städteagenda hat auch die interne Arbeitsweise der EIB erheblich beeinflusst. Ihre Förderkriterien leiten sich heute von Best Practices, ihrer Erfahrung als Bank und den Grundsätzen der Städteagenda ab. Übergeordnetes Kriterium: Investitionen müssen einen Beitrag zu nachhaltigeren Städten und Gemeinden schaffen. Daneben gibt es aber noch weitere Kriterien:

- Stadterneuerungsvorhaben müssen nachweislich planungsgeleitet sein.
- Investitionen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe müssen einem klar erkennbaren Gemeinwohlziel dienen.
- Investitionen in den Klimaschutz in Städten müssen mit der Klimapolitik der Bank in Einklang stehen.
- Maßnahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Kommunen müssen diese in die Lage versetzen, besser auf unvorhergesehene Herausforderungen reagieren zu können.
- Investitionen in eine intelligentere Entwicklung müssen einem integrierten und bürgerorientierten Ansatz folgen.

In Anbetracht dieser Kriterien räumen die EU-Strukturfondsprogramme für 2014–2020 den Themen widerstandsfähige Städte und intelligente Technologien erwartungsgemäß mehr Platz ein. Rund 0,2 Prozent der auf EU-Ebene vergebenen Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung fließen jetzt in städtische Innovationsvorhaben. Das sind im Zeitraum 2014–2020 rund 370 Millionen Euro. Die Agenda soll damit innovative und neue Ansätze und Lösungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung hervorbringen. Gefördert werden besonders zukunftsorientierte, hochinnovative Studien und Pilotprojekte, die auf andere Städte übertragbar sind.

In der Bukarester Erklärung vom Juni 2019 riefen die für Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister die EIB dazu auf, ihre Finanzierungs- und Beratungsangebote für Städte auch in Zukunft weiterzuentwickeln.

Die EIB hilft außerdem mit verschiedenen Beratungsdiensten wie JASPERS und ELENA, die Städteagenda umzusetzen. Gemeinsam mit dem Ausschuss der Regionen hat sie in einer Broschüre Informationen darüber zusammengestellt, welche Unterstützung Kommunen und Regionen bei der nachhaltigen Stadtentwicklung erhalten können.

Die **Fazilität für umweltfreundlicheren Verkehr** ist eine Initiative, die in diesem Zyklus auf den Weg gebracht wurde. Sie soll eine nachhaltige städtische Mobilität fördern und stellt eine Weiterentwicklung von ELENA dar, mit einem Fokus auf Energieeffizienz in anderen Bereichen. Für die Städte betrifft das vor allem den öffentlichen Nahverkehr und Fahrzeuge, die mit sauberen/alternativen Kraftstoffen betrieben werden.

EFSI, die Europäische Plattform für Investitionsberatung und URBIS

Der **Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI)** ist das Kernstück des Juncker-Plans. Er soll Investitionen in strategische Projekte in Europa ankurbeln und sicherstellen, dass eingesetzte Gelder in der Realwirtschaft ankommen. Der EFSI ist vor allem eine Antwort auf den Vertrauensverlust und die mangelnden Investitionen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Vor dem Hintergrund knapper öffentlicher Kassen mobilisiert er Mittel von Banken, Unternehmen und Einzelpersonen. Der EFSI fördert strategische Investitionen in Kernbereichen wie

Infrastruktur, Energieeffizienz und erneuerbare Energien, Forschung und Innovation, Umwelt, Landwirtschaft, digitale Technologien, Bildung, Gesundheit und Soziales. Er unterstützt darüber hinaus kleine Unternehmen durch Risikokapital in der Start-, Wachstums- und Expansionsphase (siehe nachstehender Kasten).

Der Europäische Fonds für strategische Investitionen

Der EFSI ist kein Fonds im herkömmlichen Sinne. Er sichert vielmehr die EIB-Gruppe mit einer EU-Haushaltsgarantie gegen Erstverluste aus Projekten ab, die die Bank aus eigenen Mitteln finanziert. Der EFSI sollte bis Mitte 2018 zusätzliche Investitionen im Umfang von 315 Milliarden Euro anstoßen. Dieses Ziel wurde erreicht.

Mit der EFSI-Garantie kann die EIB Stadtentwicklungsprojekte finanzieren, die mit höheren Risiken behaftet sind, als die Bank normalerweise zu tragen bereit wäre. Sie tut dies beispielsweise durch die Risikoteilung mit Förderbanken oder die Vergabe von Darlehen an Kommunen oder kommunale Unternehmen mit eher niedrigem Rating. Außerdem finanziert sie privatwirtschaftliche Dienstleistungen, die den Kommunen über öffentlich-private Partnerschaften, Energiedienstleistungsunternehmen oder andere Strukturen mit begrenztem Rückgriff bereitgestellt werden, und beteiligt sich an Stadterneuerungsfonds. Anfangs konzentrierten sich die EFSI-Projekte auf Sektoren, die für die europäische Wirtschaft besonders wichtig sind, nämlich strategische Infrastruktur, Bildung, Forschung, Entwicklung und Innovation, erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz sowie kleine und mittlere Unternehmen.

Im Juli 2018 erreichte die EIB das ursprünglich festgelegte Ziel. Der Erfolg des EFSI hatte mehrere Gründe:

- **Schlanke und effiziente Leitungs- und Kontrollstruktur.** Erfüllt ein Projekt die EFSI-Kriterien, wird es acht unabhängigen Experten zur Prüfung vorgelegt – dem sogenannten Investitionsausschuss. Der Ausschuss entscheidet darüber, ob das Projekt über die EU-Garantie abgesichert werden kann. So will man sicherstellen, dass die Investition einen Zusatznutzen bewirkt.
- **Qualität als maßgebliches Kriterium.** Für den EFSI gibt es keine Länder- oder Sektorquoten. Finanziert werden Projekte, die Lücken schließen – das war von Beginn an ein wichtiger Grundsatz. Experten der EIB und die Mitglieder des Investitionsausschusses des EFSI prüfen jedes Projekt gründlich. So stellen sie sicher, dass nur wirklich tragfähige Projekte gefördert werden, die anspruchsvoll sind, aber einen echten Zusatznutzen für Europa bieten.
- **Mobilisierung von privatem Kapital.** Da die EIB-Gruppe dank des EFSI ein höheres Projektrisiko übernehmen kann, beteiligen sich private Investoren an Projekten, die sie zuvor gemieden hätten.
- **Regional ausgewogen.** Obgleich es für den EFSI keine Länderquoten gibt, haben vor allem die am stärksten von der Krise betroffenen Länder von der Garantie profitiert.
- **Ein grundlegend neuer Ansatz.** Viele EFSI-Projekte sind hochinnovativ und werden von kleinen Unternehmen angestoßen, die wenig bis gar keine Kreditreferenzen vorweisen können.

Aufgrund des großen Erfolgs des EFSI schlug der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, 2016 in seiner Rede zur Lage der Union den sogenannten EFSI 2.0 vor, also die Verlängerung der Fondslaufzeit bei gleichzeitiger Erhöhung seiner finanziellen Kapazität. Mit dem EFSI 2.0 verlängert sich die ursprünglich dreijährige Laufzeit des Fonds bis 2020, das Investitionsziel erhöht sich von 315 Milliarden Euro auf mindestens eine halbe Billion Euro. Dabei soll mehr Wert auf den Grundsatz der Zusätzlichkeit der Finanzierungen und auf Transparenz gelegt werden. Grenzüberschreitende Vorhaben, Klimaschutzprojekte, Unterstützung von KMU sowie die geografische Abdeckung des EFSI sollen mehr Gewicht erhalten. EFSI-geförderte Infrastruktur- und Innovationsprojekte müssen zu mindestens 40 Prozent auch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Außerdem kommen im EFSI 2.0 weitere Sektoren für die Finanzierung in Betracht: nachhaltige Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur.

Das erste EFSI-Stadtentwicklungsprojekt war die Beteiligung am **Ginkgo-Fonds**. Der Fonds mit einem Volumen von 120 Millionen Euro erwirbt belastete Industriebrachen, saniert sie und verkauft das Gelände an Immobilienentwickler. Insgesamt finanzierte er zwölf Projekte in Frankreich und Belgien. Der von Ginkgo Management verwaltete Fonds mit einer Laufzeit von acht Jahren ist ein Beispiel für die Eigenkapitalfinanzierungen der EIB – eine Finanzierungsform, die in den letzten Jahren im Geschäft der Bank an Bedeutung gewonnen hat.

In Polen unterstützt der EFSI die Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Posen beim Bau von bezahlbaren Wohnungen. Mit einem EIB-Darlehen über 34 Millionen Euro sollen bis 2021 rund 1 300 neue Wohnungen entstehen. Sie sind für Personen gedacht, die über eine geringe Kreditwürdigkeit verfügen, aber zu viel verdienen, als dass sie sozialwohnungsberechtigt wären.

Neben dem EFSI traten in dieser Phase noch eine Reihe weiterer Fonds und Beratungsplattformen in den Vordergrund: Die **Fazilität für Naturkapital** hilft Städten bei der Finanzierung von „grün-blauer“ Infrastruktur, um die Ziele der EU-Städteagenda und des Paktes von Amsterdam zu erreichen. 2017 wurde in Rotterdam außerdem der Beratungsdienst **URBIS (Urban Investment Support)** auf den Weg gebracht, der Teil der Europäischen Plattform für Investitionsberatung ist. URBIS berät Städte bei der Planung und Finanzierung von Investitionen, die der Stadtentwicklung dienen (siehe nachstehender Kasten). Das Angebot soll Städten helfen, typische Probleme zu bewältigen. So sind kommunale Projekte etwa auf den Gebieten gesellschaftliche Teilhabe, Stadterneuerung oder Energieeffizienz möglicherweise zu riskant oder zu klein für den Markt. Oder aber die Städte haben Schwierigkeiten, an Finanzierungsmittel für integrierte Stadtentwicklungsprogramme zu kommen, weil sich mehrere kleine Projekte auf verschiedene Sektoren verteilen. URBIS hilft bei der Entwicklung, Planung und Umsetzung von Investitionsstrategien und Projekten. Das Angebot umfasst eine maßgeschneiderte technische und finanzielle Beratung, auch zu innovativen Finanzierungsmöglichkeiten.

URBIS (Urban Investment Support)

URBIS wurde 2017 auf gemeinsame Initiative der Europäischen Kommission und der Europäischen Investitionsbank eingerichtet und soll im Sinne der EU-Städteagenda Beratung aus einer Hand für Städte bieten. URBIS hat zunächst drei sich ergänzende Aufgaben:

- Bestehende Finanzierungs- und Beratungsangebote besser bekannt machen.
- Maßgeschneiderte technische und finanzielle Beratung für Städte bieten (beispielsweise Beratung zur Qualität und Finanzierbarkeit von Projekten, Unterstützung bei der Prüfung von Zuschussanträgen und Hilfe bei der Bildung von Projektdurchführungsteams).
- Innovative Finanzierungslösungen für städtische Investitionen aufzeigen.

URBIS nutzt die Kompetenz der Beratungs- und Projektbereiche der EIB und greift auch auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Außenbüros sowie Expertinnen und Experten von JASPERS zurück. Bei Bedarf werden Fachleute hinzugezogen, die erläutern, wie sich EU-Mittel mit Finanzierungen einheimischer Förderbanken und innovativen Finanzierungsinstrumenten kombinieren lassen. URBIS bietet seine Dienstleistungen für Städte jeder Größe in allen Regionen Europas an. Die Kommunen können sich unabhängig davon, in welcher Phase sich ihr Investitionsprogramm befindet, an URBIS wenden. Das Angebot erstreckt sich auf alle Themen der Städteagenda.

Schon im ersten Pilotjahr übertraf URBIS mit 36 Beratungsprojekten bei Weitem das ursprüngliche Ziel von 20 Aufträgen. Unterstützt wurden städtische Investitionen von über vier Milliarden Euro, die Projekte und Einrichtungen in 17 EU-Ländern betrafen. In der Hälfte der Fälle profitierten kleine und mittelgroße Städte von der Beratung.

6. Ausblick in die Zukunft

6.1 Haupttrends

Für die künftige Rolle der EIB in der Stadtentwicklung sind vier Trends und Herausforderungen von zentraler Bedeutung:

- Die rasch fortschreitende globale Verstädterung kann neue Chancen für die Entwicklung nachhaltiger Gemeinwesen bieten. In der EU, wo das Bevölkerungswachstum stagniert und die Bevölkerungsstruktur sich wandelt, wird der Fokus eher auf der Stadterneuerung liegen.
- Die Migrations- und Flüchtlingskrise hat deutlich gemacht, wie wichtig es für die Aufnahme von Migranten und Flüchtlingen in Städten und ländlichen Gebieten ist, die Widerstandsfähigkeit der Gemeinwesen zu stärken. Die Stadtentwicklung dürfte außerdem eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung der Migrationsursachen spielen.
- Innerhalb und außerhalb der EU wächst der Bedarf an angemessenem und bezahlbarem Wohnraum. Gleichzeitig kann die Verbesserung der Zustände in Elendsvierteln helfen, Armut zu bekämpfen. In diesem Zusammenhang ist auch zu bedenken, dass außerhalb der EU Wohneigentum eine viel größere Rolle spielt als das Wohnen zur Miete. Die Bank sollte daher prüfen, unter welchen Bedingungen sie zum Verkauf angebotenen sozialen Wohnraum fördern kann.
- Der Stadtentwicklung kommt eine Schlüsselrolle beim Klimaschutz zu. Das gilt für die Eindämmung des Klimawandels, die Anpassung daran, aber auch für das breitere, damit verbundene Thema der Resilienz von Städten.

Der gesellschaftlichen Teilhabe kommt in der EU-Städteagenda hohe Priorität zu. Die Flüchtlingskrise, das Problem der Radikalisierung, die alternde Bevölkerung und die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft – all dies sind Faktoren, die das Thema in den Vordergrund rücken. Die EIB reagiert bereits aktiv auf diese neuen Herausforderungen: Sie hilft beispielsweise, die Widerstandsfähigkeit von Gemeinwesen zu stärken, damit diese die Flüchtlingskrise besser bewältigen können; sie hat eine Gleichstellungsstrategie entwickelt; sie sondiert die Möglichkeiten sozialverträglicher Finanzierungen, und sie legt bei der Projektprüfung mehr Gewicht auf die sozialen Auswirkungen.

6.2 Künftige Schwerpunkte

Für die weitere Entwicklung der Tätigkeit der EIB in Städten zeichnen sich sechs Schwerpunkte ab:

Stärkeres Engagement auf globaler Ebene und in Städten außerhalb der EU

Die EIB hat sich in den letzten Jahren mit hoher Priorität dafür eingesetzt, die Lebensbedingungen in Städten außerhalb der EU zu verbessern – vor allem in Nord- und Subsahara-Afrika, im Nahen Osten und auf dem Balkan, beispielsweise in Ägypten, Namibia, Libanon und Albanien. Zwar arbeitete die Bank auch in der Vergangenheit schon mit Städten in diesen Regionen zusammen, in Casablanca beispielsweise recht intensiv, aber nun ist das Engagement dort ein erklärter Schwerpunkt geworden. Das ist auch auf die Neue Städteagenda zurückzuführen, die auf die Rolle von Akteuren wie der EIB bei einer nachhaltigen Stadtentwicklung verweist.

Innovation und wirtschaftliche Resilienz fördern, Städten bei der Anpassung an den Wandel helfen – darin besteht zu einem guten Teil die gewachsene globale Rolle der EIB. 2018 gab der Europäische Rat im Kontext der Migrationskrise grünes Licht für mehr EIB-Finanzierungen außerhalb der EU. Damit will man Kommunen stärken, die Migranten aufnehmen müssen oder als Transitstädte dienen. Gleichzeitig geht es aber auch um bessere städtische Dienstleistungen für die eigenen Bürgerinnen und Bürger, die oft nicht adäquat versorgt sind.

Ein Beispiel für das stärkere Engagement der EIB im Zusammenhang mit der globalen Migration ist die Initiative zur Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz. Mit der Initiative sollen rasch zusätzliche Mittel mobilisiert werden,

um die Länder in der südlichen Nachbarschaft und im Westbalkan krisenfester zu machen. Die Resilienzinitiative der EIB ist Teil der Maßnahmen, mit denen die EU die mit Flucht und Migration verbundenen Herausforderungen meistern will. Dabei arbeiten die EU-Mitgliedstaaten, die Europäische Kommission, Geldgeber und andere Partner eng zusammen. Durch Investitionen in wichtige Infrastruktur, durch die Entwicklung des Privatsektors und durch die Förderung von Wachstum und Beschäftigung sollen die Länder in den genannten Regionen wirtschaftlich krisenfester werden. Ein konkretes Beispiel dafür ist die Finanzierungsinitiative für städtische Projekte. Sie soll die Vorbereitung von Investitionen in die Widerstandskraft von Städten im Mittelmeerraum und im Westbalkan beschleunigen und wird gemeinsam von der Agence Française de Développement (AFD), der Union für den Mittelmeerraum und der Europäischen Kommission umgesetzt.

Einige Projekte haben die Situation für die Menschen vor Ort bereits spürbar verbessert. Im Libanon beispielsweise unterstützt die EIB Regierungspläne für drei moderne Industriezonen. Zwei davon entstehen nahe der syrischen Grenze – in Gebieten, die viele Flüchtlinge aufgenommen haben. Die Bank hilft dort, Hürden für junge Unternehmen abzubauen, wie etwa hohe Grundstückspreise und Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme. Mehr als 100 kleine Unternehmen könnten sich in diesen Zonen ansiedeln, so die Hoffnung. Die neuen Industriegebiete entstehen außerhalb von Ballungszentren. Das sorgt in den Städten für bessere Luft, weniger Staus und mehr Lebensqualität. In der Zukunft sollen landesweit noch weitere Industriezonen entstehen.

Auch als Entwicklungsbank tritt die EIB, obgleich sie die Bank der EU ist, weltweit stärker in Erscheinung. In diesem Zusammenhang ist vor allem die Beteiligung der Bank an Klimaschutzinitiativen zu nennen (siehe unten). URBIS und die Partnerschaften mit dem Globalen Konvent der Bürgermeister, mit der Initiative „100 Resilient Cities“ der Rockefeller-Stiftung, mit dem internationalen Städtenetzwerk ICLEI und mit der C40 Cities Climate Leadership Group sind Beispiele dafür. Dabei konzentriert sich die EIB vor allem darauf, länderübergreifend Best-Practice-Lösungen weiterzugeben. Sie finanziert aber auch gezielte Projekte in den am stärksten vom Klimawandel bedrohten Ländern. Besonders erwähnenswert in diesem Zusammenhang:

- Ein Darlehen über 75 Millionen US-Dollar für die Modernisierung und den Ausbau der Wasser- und Abwasserinfrastruktur im Großraum Suva, der Hauptstadt Fidschis. Es ist das bislang größte Wasserprojekt der EIB in einem kleinen Inselstaat.
- Finanzierung eines 175-Millionen-Euro-Projekts zur Errichtung von Fotovoltaikanlagen, Stromspeichersystemen, effizienteren Dieselgeneratoren und modernen Stromverteilungsnetzen auf den Malediven.

Insgesamt entfallen heute rund zehn Prozent der EIB-Finanzierungen auf Projekte außerhalb der EU.

Migration und Teilhabe in der EU

Die EIB unterstützt die Eingliederung von Migranten in der EU. Die EU verzeichnet seit geraumer Zeit eine starke Zuwanderung und eine beträchtliche Binnenmigration, die weiter anhalten dürfte. Deshalb beteiligt sich die EIB an europäischen Maßnahmen, die die Aufnahme von Migranten und Flüchtlingen erleichtern und den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhalt in den EU-Ländern stärken. Als wichtige Akteurin der EU-Städteagenda hat die Bank mit dafür zu sorgen, dass Europa gut mit öffentlichen Gütern versorgt ist und dass alle Städte Flüchtlingen, Migranten und Bürgern gleichermaßen ein Mindestmaß an Lebensqualität bieten können.

Erst kürzlich riefen die EIB und das Weltwirtschaftsforum anlässlich der Veröffentlichung eines neuen gemeinsamen Weißbuchs dazu auf, gesellschaftliche Teilhabe in den Mittelpunkt der EU-Wirtschaftspolitik zu stellen. Das Thema dürfe nicht länger als Nebensache behandelt werden, so die Autoren. Gesellschaftliche Teilhabe ist aus ihrer Sicht kein Luxus, sondern ein unverzichtbarer Wachstumsmotor. Innovation und Unternehmertum seien das beste Mittel, um sie zum Wohle aller zu fördern. Die Autoren empfehlen deshalb, öffentlich-private Partnerschaften für die Technologieverbreitung zu stärken, in intelligente Verkehrsinfrastruktur zu investieren und kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu Risikokapital und alternativen Finanzierungsquellen zu erleichtern.

Die EIB trägt auch weiter zu Wachstum, Beschäftigung und Kohäsion in Europa bei, indem sie die Regionalpolitik der EU unterstützt. Sie finanziert in weniger entwickelten Regionen Projekte, die wirtschaftliche Ungleichheiten verringern. Außerdem kombiniert sie Darlehen mit Beratungsdiensten. So spielt die Bank eine wichtige Rolle dabei, den Lebensstandard in der gesamten EU anzuheben. 2015 stellte die EIB 26,5 Prozent ihrer Mittel für Kohäsionsziele in der EU bereit. 2017 vergab sie 29,6 Prozent ihrer Darlehen in Kohäsionsregionen. Beispiele für EIB-finanzierte Projekte in diesem Bereich sind die öffentlich-private Partnerschaft für die Entwicklung und den Ausbau von 14 Regionalflughäfen in Griechenland und ein sektorübergreifendes Rahmendarlehen für Investitionsprogramme in Andalusien. Diese kohäsionsorientierten Investitionen sind wichtig, um lokale und regionale Ungleichheiten abzubauen, die auch ein Grund sind für den Brexit, die Gelbwestenbewegung und den Widerstand, der sich in einigen EU-Ländern gegen den Klimaschutz regt.

In der Zukunft könnte die EIB eine wachsende Rolle bei Investitionen in sozialen und bezahlbaren Wohnraum spielen. Lange Wartelisten, Überbelastung durch Wohnkosten, Barrierefreiheit für Ältere und Menschen mit Behinderung, Wohnraum für Studierende und Arbeitskräfte in Kernbereichen der öffentlichen Versorgung, Förderung der Gleichstellung durch Stadtentwicklung und soziale Inklusion sowie die Verbindung von sozialem Wohnungsbau und Gesundheitsversorgung – all dies sind Themen, bei denen Handlungsbedarf besteht.

Klimaschutz in Städten

Die EIB engagiert sich seit Langem an vorderster Front für Maßnahmen gegen den Klimawandel, wie etwa Investitionen in erneuerbare Energien und öffentliche Verkehrssysteme oder Initiativen zur Umweltentlastung und Sanierung von Industriebrachen. Jetzt geht die Bank einen Schritt weiter und finanziert verstärkt auch Projekte, die Städte widerstandsfähiger machen, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger erhöhen und die Menschen besser in den Umweltschutz einbinden. Die Hauptprioritäten im laufenden Zeitraum: Städte bei der integrierten Raumordnung unterstützen, um sie widerstandsfähiger gegen Umweltkatastrophen zu machen, und gemeinsam mit Städten und anderen Akteuren die Bürger und Bürgerinnen dazu anhalten, umweltbewusst zu handeln.

Die EIB will mindestens 25 Prozent ihres jährlichen Finanzierungsvolumens für den Klimaschutz einsetzen. 2017 übertraf sie dieses Ziel zum achten Mal in Folge und stellte mit knapp 20 Milliarden Euro 28 Prozent ihrer Mittel für den Kampf gegen den Klimawandel bereit. Die Bank ist auch der weltweit größte multilaterale Geldgeber für Klimafinanzierungen. Dies liegt zum Teil an der Breite ihrer Finanzierungsmöglichkeiten. Großprojekte finanziert sie traditionell über direkte Projektdarlehen. Bei kleineren Vorhaben leiten beispielsweise Partnerbanken vor Ort oder andere Mittler die Gelder weiter. Die EIB finanziert kommunale Investitionsprogramme außerdem durch Programmdarlehen und ergänzt ihre klassischen Finanzierungen durch innovative Produkte wie grüne Anleihen, ELENA sowie Kapital- und Fondsbeteiligungen (z. B. im Rahmen des EFSI). Mitte 2016 war die EIB der weltweit größte Emittent grüner Anleihen. Mehr als 35 Prozent ihrer Mittel für Klimaschutzprojekte fließen in Entwicklungsländer. 2015 versprach sie außerdem, ihren Beitrag für das Klima bis 2020 um 100 Milliarden Euro zu erhöhen.

Ende 2017 schloss die EIB eine Partnerschaft mit dem Globalen Konvent der Bürgermeister. Das Ziel: Städten bei der Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen helfen, damit kommende Generationen in einer grüneren Umgebung leben können. An der Partnerschaft unter dem Dach von Global URBIS beteiligen sich neben der EIB auch die Europäische Kommission, die EBWE sowie der Zusammenschluss von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern von 7 500 Städten weltweit. Ein Ergebnis der Zusammenarbeit ist die Global Climate Cities Challenge, die 2018 auf dem Weltklimagipfel in San Francisco ins Leben gerufen wurde. Städte in aller Welt waren dazu eingeladen, Vorschläge für Klimaschutzprojekte einzureichen und sich um Unterstützung bei der Vorbereitung und Finanzierung der Maßnahmen zu bewerben. Insgesamt gingen 145 Vorschläge aus über 100 Städten für den Wettbewerb ein, der in Partnerschaft mit dem Globalen Konvent der Bürgermeister, ICLEI und dem Städtenetzwerk C40 Cities entwickelt wurde. Die damit verbundenen Investitionskosten würden sich auf geschätzte fünf Milliarden Euro summieren. Welche Projekte in der Endauswahl zum Zuge kommen, wird im Herbst 2019 entschieden.

Intelligente Städte und urbane Kreislaufwirtschaft

Die EIB finanziert seit vielen Jahren alle Komponenten intelligenter Städte und hat ihre Ziele auf diesem Gebiet stetig angepasst. Heute geht es weniger darum, intelligente Städte von Grund auf neu zu schaffen; vielmehr bringt die Bank ihre Erfahrung aus bisherigen Projekten ein und geht neue Wege, um mehr Investitionen finanzieren zu können. Insgesamt will die Bank im laufenden Zeitraum mehr Smart-City-Projekte fördern, die schon bestehende Infrastruktur nutzen. Außerdem finanziert sie die intelligente Integration und Interoperabilität von Systemen sowie die Nutzung von Big-Data-Technologien und künstlicher Intelligenz.

Im Anschluss an die UN-Habitat-III-Konferenz 2016 im ecuadorianischen Quito legte die EIB ein Finanzierungspaket für nachhaltige und intelligente Stadtentwicklungsprojekte auf, mit dem sie bis 2021 insgesamt 105 Milliarden US-Dollar bereitstellen wird. 90 Prozent der Gelder sollen in der EU investiert werden, 10 Prozent fließen in Projekte außerhalb der EU. Ergänzend bietet die Bank für Smart-City-Projekte seit einer Weile im Rahmen des JASPERS-Programms technische Hilfe für Städte an. JASPERS legt jetzt seine eigene Agenda für eine intelligente Entwicklung fest und setzt dabei folgende Schwerpunkte:

- Stärkung der Forschung, technischen Entwicklung und Innovation.
- Besserer Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien und stärkere Nutzung dieser Technologien. Investitionen in Bildung, Ausbildung und lebenslanges Lernen.
- Verbesserungen im Gesundheitswesen.
- Förderung von intelligenter Spezialisierung und intelligenten Städten, um eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen.
- Effizienzverbesserungen in der öffentlichen Verwaltung.
- Entwicklung und Anwendung von Best-Practice-Tools, Durchführung von Fallstudien.

Begleitend dazu werden Schulungsunterlagen, Abläufe, Videos und andere E-Learning-Materialien über ein eigenes Webportal bereitgestellt, auf dem auch Informationen über Smart-City-Aktivitäten, Working Papers und Studien zur Verfügung stehen.

Ein Konzept, das zunehmend in den Mittelpunkt rückt und damit auch das Engagement der EIB in Städten betrifft, ist die Kreislaufwirtschaft. So hat die Bank dazu im Rahmen der Partnerschaft zur Förderung der Kreislaufwirtschaft unter dem Dach der EU-Städteagenda einen Finanzierungsleitfaden für Städte erarbeitet.

Städtische Immobilienentwicklung und Sanierung von Industriebrachen

In den letzten Jahren hat die EIB zunehmend auch städtische Gebäude und Grundstücke finanziert und sich stärker an der umfassenden Erneuerung der städtischen Substanz beteiligt. Dies ist zum einen der Erkenntnis geschuldet, dass die hohen Kosten, die durch Bodendegradierung und -verunreinigung entstehen, viele Kommunen vor große Probleme stellen. Zum anderen hat die Bank erkannt, dass mit JESSICA in der Vergangenheit zwar viel erreicht wurde, ein dauerhafter, grundlegender Wandel aber eher gelingt, wenn die Bank sich umfangreicher beteiligt. Die Finanzierung größerer Mischnutzungsvorhaben unter Beteiligung großer Immobilienentwickler und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Stellen und dem Privatsektor im Rahmen von Konsortien und Partnerschaften – beides spielt für die EIB in dieser Phase eine wichtige Rolle. Entscheidend für die Beteiligung der EIB ist, dass sie Finanzierungen anbieten kann, wo der Markt versagt. Das ist typischerweise der Fall, wenn externe Umwelt- und Klimaeffekte zum Tragen kommen oder wenn die Investoren Neuerschließungen vorziehen.

Ein Beispiel dafür ist ein neues Projekt in Portugal, bei dem die EIB unter Beteiligung öffentlicher und privater Akteure ein nachhaltiges Finanzierungsmodell für die Stadtsanierung und -erneuerung bis 2020 auf die Beine stellt. Mit EIB-Mitteln wird dort landesweit zum einen der private Bau von Sozialwohnungen und bezahlbarem Wohnraum finanziert, zum anderen wird die Modernisierung von Gewerbeimmobilien wie Bürogebäuden, Hotels und Restaurants gefördert. Die Umwandlung des Gebäudebestands in Europa – nicht nur unter dem Aspekt der

Energieeffizienz, sondern im Sinne eines breiteren Konzepts für grünes Bauen – ist ein wichtiger Teil der anstehenden Aufgaben. Hier könnte die EIB verstärkt tätig werden.

In Portugal konzentriert sich das Engagement der EIB bislang auf die Hauptstadt Lissabon, die 2016 als erste Kommune in der EU direkte Investitionshilfen im Rahmen der Investitionsoffensive für Europa erhielt. Die Bank genehmigte ein sektorübergreifendes Rahmendarlehen zur Mitfinanzierung des strategischen Investitionsplans der Stadt für den Zeitraum 2016–2020. Investiert werden soll unter anderem in den Hochwasserschutz, in die Erneuerung der städtischen Infrastruktur in Industriebrachen und in sozialen Wohnraum – sowohl in Neubauten als auch in die Modernisierung. Ein ähnliches Projekt finanziert die Bank in Andalusien. Dort fließen die EIB-Gelder in Vorhaben in strategischen Wirtschaftssektoren, in die Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur und in die Modernisierung von Wohngebäuden.

Mit mehr Risiko möglichst viel bewirken

In der Vergangenheit finanzierte die EIB hauptsächlich Projekte mit moderatem Risikoprofil. Durch die jüngste Verschiebung hin zu größeren Entwicklungsvorhaben, an denen zwangsläufig mehr Beteiligte mitwirken, sind die Finanzierungsrisiken für die Bank gestiegen. Um sie abzufedern, hat die EIB neue Finanzierungsmechanismen entwickelt, darunter den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI, siehe auch Abschnitt 5). Darüber kann die Bank in bestimmten Regionen höhere Risiken übernehmen und sich längerfristig an Projekten beteiligen, die zuvor nicht finanzierbar gewesen wären.

Dank des EFSI kann die Bank Marktschwächen und suboptimale Investitionsbedingungen ausgleichen – indem sie Vorhaben finanziert, die zwar tragfähig, aber risikoreicher sind als normale EIB-Projekte. Die Bank beteiligt sich zwar schon seit mehreren Jahren an risikoreicheren Projekten, aber mit dem EFSI kann sie zusätzliche Risiken übernehmen, die mit dem Profil des Kreditnehmers, dem Projektvolumen, den verfügbaren Sicherheiten oder mit dem Projekt selbst verbunden sind. Konkret kann die EIB mit dem EFSI:

- ihre Tätigkeit auf neue Märkte und neue Kunden ausweiten, die zuvor als zu riskant galten,
- für bestehende und neue Kunden neue Finanzierungsprodukte entwickeln, die besser zu komplexen, risikoreicheren Projekten passen,
- neue Formen der Zusammenarbeit gestalten (z. B. Investitionsplattformen, Kooperationsvereinbarungen mit nationalen Förderbanken, Kofinanzierung mit Staatsfonds),
- die Bündelung mit EU-Mitteln anbieten, u. a. den europäischen Struktur- und Investitionsfonds auf nationaler und regionaler Ebene.

Neue Instrumente wie der EFSI ermöglichen beispielsweise die Vergabe eines risikoreichen sektorübergreifenden Rahmendarlehens, mit dem die Stadt Lissabon einen neuen Investitionsplan auf den Weg bringen konnte (siehe oben). 50 Prozent der Gelder dafür kommen von öffentlichen Institutionen, darunter die EIB, die Europäische Kommission (über Strukturfonds), die Entwicklungsbank des Europarates und portugiesische Behörden. Der Rest wird durch private Geldgeber finanziert.

Das EIB-Darlehen mit einer Laufzeit von bis zu 30 Jahren wird im Rahmen des EFSI bereitgestellt und ist somit durch eine EU-Haushaltsgarantie abgesichert. Dadurch kann die Bank der Stadt Lissabon eine langfristige Finanzierung zu flexiblen Konditionen und günstigen Zinsen anbieten. Die Kommunen dort haben keinen Zugang zu den Kapitalmärkten, sodass die portugiesischen Banken solche Projekte in der Regel nicht langfristig finanzieren können. Hinzu kommt, dass die Gelder über die Laufzeit des Darlehens als revolvingierende Mittel bereitgestellt werden und demnach mehrfach in Anspruch genommen werden können. Die Kredite an die Begünstigten sollen eine kürzere Laufzeit haben als die Finanzierung der EIB. So können die Mittel aus zurückgezahlten Krediten erneut für weitere Vorhaben eingesetzt werden, sofern diese die gleichen Bedingungen erfüllen. Es ergibt sich also ein Multiplikatoreffekt, der die ursprüngliche Finanzierung noch effizienter und nachhaltiger macht.

Innerhalb der EU wird der EFSI durch das Programm InvestEU ersetzt. Es wird sich zeigen, wie gut die EIB ihre risikoreicheren Finanzierungen und die damit verbundene Beratung für Städte und andere Projektträger in diesem Kontext weiterentwickeln kann. Nicht zuletzt die Klimafinanzierung verdeutlicht auch, welche Finanzierungsschwierigkeiten es bei Gebietskörperschaften außerhalb der EU gibt, wo Städte oft unter starken Haushaltszwängen leiden und vielfach nicht einmal Kredite aufnehmen dürfen. Innerhalb der EU vergibt die EIB Direktdarlehen an Städte, die nicht durch staatliche Garantien abgesichert werden. Hinzu kommen risikoorientierte Finanzierungsstrukturen aller Art im Rahmen des EFSI. Damit verfügt die Bank über eine gute Grundlage und Erfahrung, auf die sie in Ländern wie Marokko zurückgreifen kann, die den Kreditrahmen für ihre Kommunen jetzt stärken.

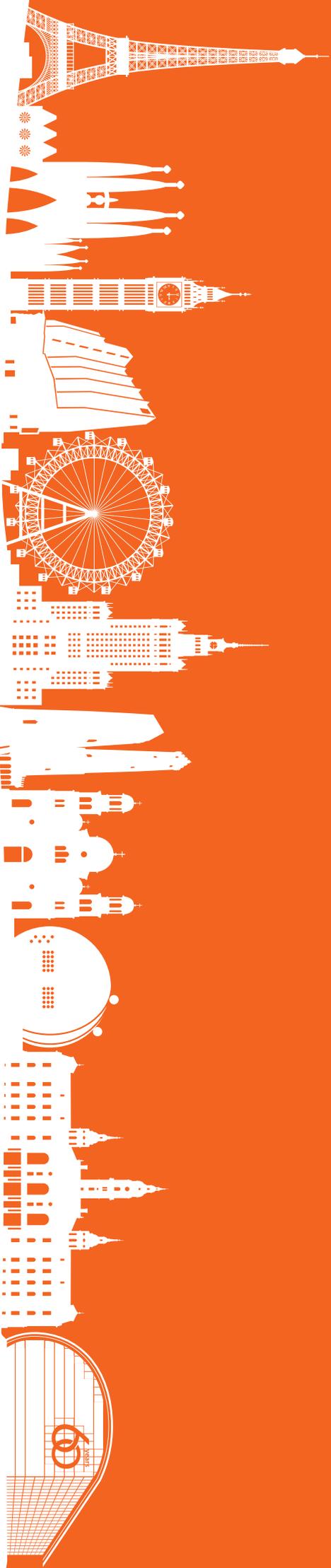
Ausblick

Auf 50 Jahre Stadtentwicklung blickt die Essay-Serie Stadt im Wandel zurück. Europas Städte haben sich in dieser Zeit verändert und weiterentwickelt. Die EIB hat auf diese Entwicklung reagiert und ihr Angebot an den veränderten Bedarf angepasst. Gleichzeitig hat die Bank die EU-Führung bei der Entwicklung einer Städteagenda für Europa unterstützt und gemeinsam mit ihr ein Instrumentarium geschaffen, das auf Städte zugeschnitten ist. Städte haben sich zunehmend zum Dreh- und Angelpunkt von Aktivitäten entwickelt, die dem Klimaschutz dienen, die Produktivität erhöhen, Wissen fördern und die soziale Mobilität und Widerstandsfähigkeit stärken. Entsprechend brauchen sie intelligente Investitionen und maßgeschneiderte Finanzierungsinstrumente, die besser auf die komplexen Herausforderungen abgestimmt sind. Die EIB wird als Finanzierungs- und Beratungspartner von Städten den Fortschritt in diesem Jahrhundert der Metropolen weltweit vorantreiben.

Professor Greg Clark, CBE ist Honorarprofessor am University College London und Chairman von The Business of Cities, einem Beratungsunternehmen für intelligente Stadtentwicklung, das jedes Jahr in mehr als 100 Städten weltweit tätig ist. Er gehört zu den Vordenkern der Brookings Institution, des Urban Land Institute und des Cities Research Centre von JLL. Zudem ist er Board-Mitglied der Transport for London und der London Local Enterprise Partnership (LEP). Professor Clark hat zehn Bücher geschrieben, darunter *Global Cities: A Short History* (Brookings Press) und *London 1991–2021, The Making of a World City*. **Dr. Tim Moonen** hat an der University of Bristol promoviert und ist bei The Business of Cities für das strategische Management von Forschungs- und Beratungsprojekten zuständig. Er ist Co-Autor von mehr als 50 Berichten, Büchern und Beiträgen zur Wettbewerbsfähigkeit, Führung und Leistung globaler Städte. **Jake Nunley** ist leitender Forscher bei The Business of Cities. Er hat in Cambridge und an der Harvard University studiert.



Moonen, Nunley, Clark (von links nach rechts) © The Business of Cities



Europäische
Investitionsbank

Die Bank der EU 